

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Januar/Februar 2019

hauptstadt magazin

Termin
beim
Regierenden
Bürgermeister



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Michael Wittig

*Liebe Leserinnen,
liebe Leser,*

das neue Jahr hat gewerkschaftspolitisch schon mächtig Fahrt aufgenommen.

Die Vorbereitungen auf die Tarifrunde für die Beschäftigten im Landesdienst laufen auf Hochtouren. Erster Verhandlungstermin ist bereits am 21. Januar.

Bedeutsam ist diese Einkommensrunde nicht nur für Tarifangehörige, denn der dbb berlin erwartet, dass das Tarifergebnis ohne Wenn und Aber zeitgleich und systemgerecht auf die Berliner Beamtinnen und Beamten übertragen wird.

Diese Erwartung hat die Landesleitung am 9. Januar auch nochmals unmissverständlich in einem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller bekräftigt.

Einen engen Schulterschluss haben wir in dieser Angelegenheit außerdem mit den anderen dbb Landesbünden gesucht, deren Mitglieder ebenfalls von den Tarifverhandlungen betroffen sind. Die Gewerkschaftspolitische Jahrestagung des dbb Anfang Januar in Köln hat für dieses „Netzwerken“ die geeignete Plattform geboten.

Schließlich und endlich ist in Sachen Tarifverhandlungen unbedingt ein Besuch auf unserer Homepage www.dbb.berlin angeraten, auf der erstmals in einem Video-Tariftalk das komplizierte Prozedere der Einkommensrunde leicht verständlich erläutert wird.

Zu Wort kommt in der vorliegenden Ausgabe des hauptstadt magazins auch die Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf, die sehr konkrete Forderungen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Bezirke erhebt.

Ein interessantes Urteil zur Mitbestimmung findet sich in unserer Rechtsprechungsrubrik, und die Mitgliedsgewerkschaften haben natürlich auch wieder das Wort.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender

Inhalt

Einkommenspolitik	
Start in die Einkommensrunde 2019	4
Tariftalk mit Synnöve	4
Zulagen werden dynamisiert	5
Gewerkschaft	
Gewerkschaftspolitischer Jahresauftakt in Köln	6
Zwei engagierte Gewerkschafter verabschiedet	6
Gespräch	
Landesleitung beim Regierenden Bürgermeister	7
Bezirke	
Die Bezirke müssen wettbewerbsfähig bleiben	8
Aus den Mitgliedsgewerkschaften	
DJG: Ein verlorenes Jahr	10
DBSH bereitet Protestkampagne vor	11
BSBD: „Erwartungen wurden nicht erfüllt!“	12
Rechtsprechung	
Silvesterdienstplan mitbestimmungspflichtig	13
Unterhaltung	
Preisrätsel	14
Kurz notiert	
8. März soll gesetzlicher Feiertag werden	16
Der Vorhang fällt für den „Tanz der Vampire“	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de.

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane

Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712.

Preisliste 16, gültig ab 1.10.2018. **Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern.

Fotos: wie angegeben. **Titelbild:** © Art Media Factory/ Fotolia.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Öffentlicher Dienst der Länder

Start in die Einkommensrunde 2019

Die Bundestarifkommission (BTK) des dbb hat am 20. Dezember 2018 offiziell die Einkommensrunde 2019 eingeläutet und ihre Forderungen für die Anpassung der Gehälter im Landesdienst erhoben.



In der Sitzung der BTK: Landesvorsitzender Frank Becker und die stellvertretenden Landesvorsitzenden Torsten Jaehne und Synnöve Nüchter (von links)

Um sechs Prozent, mindestens jedoch um 200 Euro, sollen die Einkommen der Beschäftigten im kommenden Jahr steigen. Die Bezüge der Auszubildenden sollen um einen Festbetrag von 100 Euro erhöht werden. Darüber hinaus verlangt die Bundestarifkommission eine angemessene und zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-L.

Zu den Kernforderungen des dbb zählt außerdem die Erhöhung der Pflgetabelle um 300 Euro und ein Fahrplan für die Einführung der Paralleltabelle im Bereich der Lehrkräfte.

„Auch wir in Berlin starten jetzt in die Einkommensrunde 2019“, kündigte dbb Landeschef Frank Becker an. „Die Bediensteten des Landes – und ich meine hier Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte – leisten tagtäglich hervorragende Arbeit und haben Anspruch auf Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung. Der dbb berlin erwartet deshalb auch, dass das Tarifergebnis ohne Wenn und Aber zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten Berlins übertragen wird.“

Die Tarifverhandlungen starten am 21. Januar 2019 in Berlin. Zwei weitere Verhandlungstermine sind mit dem 6. und 7. Februar 2019 sowie dem 28. Februar und 1. März 2019 (beide in Potsdam) festgelegt worden.

Neu auf www.dbb.berlin

„Tariftalk mit Synnöve“

Tarifverhandlungen sind ein kompliziertes Geschäft. Rechtzeitig zum Start der diesjährigen Einkommensrunde sorgt der dbb berlin jetzt auf seiner Website mit dem Video „Tariftalk mit Synnöve“ für ein besseres allgemeines Verständnis des Tarifgeschäfts.

Synnöve ist natürlich niemand anderes als die stellvertretende Vorsitzende und Tarifsachverständige des dbb berlin, Synnöve Nüchter, die in dem Beitrag auf die zielführenden Fragen von Sandra Kothe Rede und Antwort steht.

Sandra Kothe ist ebenfalls stellvertretende Vorsitzende des dbb berlin und hatte bereits nach ihrer Wahl im Mai vergangenen Jahres angekündigt, die Nutzung neuer Medien in der Gewerkschafts-

politik vorantreiben zu wollen – ein Vorhaben, das mit der ersten Folge des Tariftalks einen überzeugenden Anfang genommen hat.

Der dbb berlin dankt den beiden Protagonistinnen für die gelungene Einführung des neuen Formats und empfiehlt dringend den Besuch auf www.dbb.berlin/aktuelles/news/tarif-talk-mit-synnoeve-folge-1/.



Sandra Kothe und Synnöve Nüchter (von links) beim Tariftalk.

dbb Bundestarifkommission

Abschied von Bernd Raue

Die dbb Bundestarifkommission hat bei ihrer Sitzung am 5. Dezember den langjährigen Berliner Vertreter in dem Gremium, Bernd Raue, verabschiedet. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarif, Volker Geyer, würdigte das Engagement von Raue, der dem Gremium zehn Jahre lang angehört hat.

Beim dbb berlin hat Raue das Tarifgeschehen sogar nicht weniger als zwanzig Jahre entscheidend mitbestimmt, als stellvertretender Landesvorsitzender seit 1998 und zusätzlich als Vorsitzender der Landestarifkommission des dbb berlin seit 2002.

Zu den besonderen Herausforderungen in seiner Amtszeit zählten unter anderem die Verhandlungen über den Abschluss des sogenannten Anwendungstarifvertrags im Anschluss an den Austritt des Landes Berlin aus der Arbeitgebervereinigung und die von 2009 bis Ende 2010 andauernden Tarifverhandlungen zur Rückkehr des Landes Berlin in die TdL.

Nachfolger von Bernd Raue in der Bundestarifkommission ist der stellvertretende dbb Landesvorsitz-



Bernd Raue (links) mit dem dbb Fachvorstand Tarif, Volker Geyer, bei seiner Verabschiedung aus der BTK.

ende und Vorsitzende der Landestarifkommission, Torsten Jaehne. Außerdem werden die Berliner Interessen in dem Bundesgremium vom Landesvorsitzenden Frank Becker und der stellvertretenden Landesvorsitzenden Synnöve Nüchter vertreten. ■

dbb berlin erfolgreich

Zulagen werden dynamisiert

Die langjährige Forderung des dbb nach Dynamisierung der Zulagen hat – zumindest teilweise – endlich Gehör gefunden. Wie die Senatsverwaltung für Finanzen Anfang Dezember 2018 mitgeteilt hat, sollen künftig alle funktionsbezogenen Stellenzulagen im Land Berlin dynamisiert werden.

In der allgemeinen Gesetzesbegründung des Entwurfs des Vollzugsdienst-Zulagenänderungsgesetzes (VdZulG) wurde – um die Verbindlichkeit der Regelung zu unterstreichen – folgender Passus eingefügt: „Die Stellenzulagen, die wegen ihrer Funktionsbezogenheit neben der Grundbesoldung gewährt werden, waren im Land Berlin bislang in Anknüpfung an die bis zum 31.08.2006 geltende bundeseinheitliche Besoldung nicht dynamisch“, was von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und den Interessenvertretungen immer wieder kritisiert worden sei.

„Daher soll nunmehr dem in § 14 Abs. 1 BBesG BE enthaltenen Anpassungsgrundsatz, die Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse regelmäßig anzupassen, auch bezüglich der Stellenzulagen Rechnung getragen werden.“

Auch in Sachen Dynamisierung von Erschwerniszulagen sind Fortschritte zu verzeichnen. Diese Beträge sollen allerdings erst dann angepasst werden, wenn die prozentualen Erhöhungen der Grundgehälter 15 Prozentpunkte (brutto) überschritten haben. Anpassungszeitpunkt soll dann die auf die Überschreitung folgende Besoldungsanpassung sein.

Eine Verbesserung konnte der dbb berlin schließlich auch bei der Funktionszulage für verdeckte Ermittler durchsetzen.

Dagegen ist der dbb berlin mit seiner Forderung nach Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Stellenzulagen beim Finanzsenator auf Ablehnung gestoßen. ■

Gewerkschaftspolitischer Jahresauftakt in Köln

Informieren und „Netzwerken“

Nicht nur Informationen aus erster Hand haben sich die Mitglieder der Landesleitung des dbb berlin bei der Jahrestagung des dbb bund in Köln vom 6. bis 8. Januar 2019 beschaffen können, auch Kontakte wurden intensiviert und neue Verbindungen geknüpft.

Für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit ist gerade das „Netzwerken“ unerlässlich, das die Landesleitung und auch die weiteren Vertreterinnen und Vertreter der Berliner Fachgewerkschaften denn auch eifrig betrieben haben.

Speziell um die Kontakte zu anderen dbb Landesverbänden noch weiter zu intensivieren, wurde sogar zusammen mit dem dbb brandenburg und dem dbb Sachsen ein gemeinsamer Länderabend veranstaltet, bei dem unter anderem die neue Landesdirektorin für Berlin, Gabriele Homola, als kompetente Ansprechpartnerin zur Verfügung stand. Ein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang der BBBank, die die Veranstaltung unterstützt hat. ■



Kolleginnen und Kollegen des phv, vom VBE, der GdS, der gkl berlin, des BSBD, der DSTG, der DPoIG, der DPVKOM sowie der VDStRa. bei der dbb Jahrestagung

Zwei engagierte Gewerkschafter verabschiedet

Mit Prof. Dr. Klaus Fuchs-Kittowski (vhw) und Jürgen Manderla (KEG) sind am 11. Dezember 2019 zwei über Jahrzehnte in der dbb Arbeit engagierte Kollegen aus dem Landeshauptvorstand des dbb berlin ausgeschieden.

So hat Klaus Fuchs-Kittowski dem Gremium als Vorsitzender der Landesgliederung des Verbandes Hochschule und Wissenschaft seit 1994 angehört. Auch Jürgen Manderla kann auf beachtliche 18 Jahre Vorsitz bei der Katholischen Erziehergemeinschaft (KEG) Berlin und Mitarbeit im dbb Landeshauptvorstand zurückblicken.

Für dbb Landeschef Frank Becker Grund genug, die langjährige Arbeit beider Kollegen bei der Weihnachtsfeier des dbb Landesbundes zu würdigen. „Danke für die unzähligen Stunden an persönlichem Einsatz, Herzblut und Leidenschaft bei der gewerkschaftlichen Arbeit in den Gremien des dbb berlin“, wandte sich Becker an die ausscheidenden Landeshauptvorstandsmitglieder, die beide im Laufe des Jahres nicht mehr zur Wiederwahl in ihren Fachgewerkschaften angetreten waren.

Zugleich unterstrich Becker die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit, die beide Kollegen über Jahrzehnte hinweg ausgeübt haben: „Sie ist das Fundament der Arbeit des dbb berlin. Das ist allen Anwesenden bewusst.“ ■

Zum Abschied gab es eine Ehrenurkunde und eine gute Flasche Sekt für Klaus Fuchs-Kittowski (links) und Jürgen Manderla (rechts)



Landesleitung beim Regierenden Bürgermeister

Besoldungsgespräch in Sicht

Für ein Besoldungsgespräch mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nach Abschluss der Tarifrunde mit der TdL will sich der Regierende Bürgermeister Michael Müller einsetzen. Die Landesleitung des dbb Berlin hatte in einem Gespräch mit dem Regierungschef am 9. Januar 2019 eine gemeinsame Beratung angeregt, wie die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Landesbeamten strukturell am sinnvollsten ausgestaltet werden kann.

Neben Müller und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen sollen auch Innensenator Andreas Geisel und Finanzsenator Matthias Kollatz mit am Verhandlungstisch sitzen. Konkret soll der optimale Einsatz des Gesamtvolumens beraten werden, der der Besoldungsangleichung wie auch Leistungsanreizen Rechnung tragen muss. Beide Aspekte spielen im personellen Wettbewerb, insbesondere mit dem Bund, eine entscheidende Rolle. Auch zeitliche Verzögerungen der Besoldungsanpassungen wie in der Vergangenheit dürfe es nicht mehr geben. Sie sorgen in besonderem Maße für Empörung bei den Betroffenen.

Mehr Laufbahncancen schaffen

Unterstrichen wurde von der dbb Delegation unter Leitung des Landesvorsitzenden Frank Becker in diesem Zusammenhang die Dringlichkeit einer Neuordnung des Berliner Laufbahnrechts, das gegenwärtig nicht nur zu unerträglichen Verwerfungen innerhalb vergleichbarer Tätigkeiten führt, sondern auch viel zu wenig Entwicklungschancen bietet.

In vielen Bereichen, kritisierte die Landesleitung, könne von einer „Laufbahn“ keine Rede sein, denn den Beschäftigten böten sich keinerlei Aufstiegsmöglichkeiten. Frust und Unzufriedenheit der Be-



dbb Landeschef Frank Becker erläutert die dbb Positionen.

troffenen führten dann zur Abwanderung des in Berlin gut ausgebildeten und dringend benötigten Personals in andere Gebietskörperschaften mit besseren Laufbahncancen.

Lehrerverbeamtung wird geprüft

Auch die Tatsache, dass Berlin als einziges Bundesland seine Lehrerinnen und Lehrer nicht verbeamtet,

zählt nach Überzeugung des dbb berlin zu den gravierenden Nachteilen des Landes im immer härteren personellen Wettbewerb mit den anderen Bundesländern, speziell dem nahen Brandenburg.

In dieser Frage ist die SPD jetzt erfreulicherweise von ihrer starren Ablehnung der Verbeamtung abgerückt. Die Wiedereinführung der Lehrerverbeamtung werde ernsthaft geprüft, sicherte der Regierende Bürgermeister zu. Befürchtungen, dass eine solche Maßnahme zu Unruhe unter den Beschäftigten führen könnte, wies der dbb berlin mit Nachdruck zurück. Schon jetzt gebe es eine Vielzahl unterschiedlicher Gehälter in den Lehrerzimmern.

Weitere Themen des in sehr aufgeschlossener und angenehmer Atmosphäre geführten Gesprächs waren Defizite bei der Abschaffung der sachgrundloser Befristung und bei der Einhaltung der Fristen für die Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen. ■



Die dbb Landesleitung mit dem ‚Regierenden‘: Heike Breuning, Thomas Goiny, RegBm Michael Müller, dbb Landeschef Frank Becker, Sandra Kothe, Synnöve Nüchter und Torsten Jaehne (von links)

Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski

„Die Bezirke müssen wettbewerbsfähig bleiben“

Cerstin Richter-Kotowski ist seit 2016 Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf und im Bezirk unter anderem für die Bereiche Personal und Finanzen zuständig. Im hauptstadt magazin erklärt sie, welche Schritte im Land Berlin unternommen werden müssen, damit auch die Bezirksverwaltungen wettbewerbsfähig bleiben.

„Jahrelange Sparpolitik und der damit einhergehende Einstellungsstopp haben im Land Berlin dazu geführt, dass die mittlere Altersebene im öffentlichen Dienst – nicht nur in Steglitz-Zehlendorf – fast völlig fehlt. Zusätzlich scheiden zahlreiche Beschäftigte in den nächsten Jahren altersbedingt aus. Das Thema der Personalgewinnung spielt deshalb schon seit geraumer Zeit eine wichtige Rolle.

Ungewöhnliche Wege

Wir in Steglitz-Zehlendorf sind hier bereits alternative und vielleicht auch ungewöhnliche Wege gegangen: Wir sind beispielsweise aktiv auf Beschäftigte von Air Berlin zugegangen und haben ihnen attraktive Stellen in der Bezirksverwaltung angeboten – mit Erfolg! Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ehemaligen Fluggesellschaft sind fest eingestellt worden und bereichern jetzt das Bezirksamt.



Ausbilder entlasten!

Wir setzen auch auf eine fundierte Ausbildung in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes, egal ob es sich um Verwaltungsfachangestellte, Gärtnerinnen und Gärtner oder medizinische Fachangestellte handelt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Organisationseinheiten, die viele Praxisanleitungen für Nachwuchskräfte zu bewältigen haben, als Ausgleich zusätzliche VZÄ erhalten, denn eine ernsthafte Ausbildung kostet Zeit, die dann für das normale Aufgabenfeld nicht mehr zur Verfügung steht.

Auch der Ausbau der dualen Studiengänge an den Berliner Hochschulen, etwa im Verwaltungsbereich, der Sozialen Arbeit, der Ingenieurwissenschaften oder im Bereich der öffentlichen Bibliotheken gehört auf die Agenda. Ziel muss es sein, dual Studierende im Rahmen eines Vorbereitungsdienstes als Beamtenanwärter(innen) zu beschäftigen, denn auf diese Weise werden Nachwuchskräfte frühzeitig gebunden. Außerdem wird das Land Berlin konkurrenzfähiger gegenüber anderen Dienstherren.

Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf möchte hier 2019 eine Kooperation mit der Hochschule Wildau eingehen.

Aber nicht nur die Personalgewinnung ist wichtig für eine gut funktionierende Verwaltung, sondern auch das Halten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits seit Jahren gute Arbeit leisten.



Besoldung endlich angleichen

Unerlässlich ist es deshalb, die Besoldungsangleichung an den Bundesdurchschnitt endlich zu vollziehen. Bei der Berechnung des Besoldungsdurchschnitts dürfen nicht nur die anderen 15 Bundesländer einbezogen werden, sondern auch der Bund. Gerade in Berlin sind die Bundesbehörden ein großer Konkurrent ebenso wie die Umlandsgemeinden.

Gleiches Geld für gleiche Arbeit – dies liegt mir als Bezirksbürgermeisterin besonders am Herzen. Gleiche Berufsgruppen sind in der Hauptverwaltung und in der Bezirksverwaltung gleich zu bewerten und gleich zu bezahlen. Die jetzige Situation, dass in den Bezirken für die gleiche Tätigkeiten weniger bezahlt wird, ist nicht zu akzeptieren und führt dazu, dass Beschäftigte den Bezirk verlassen.

Stellenbewertung verbessern!

Den Bezirken muss schließlich ermöglicht werden, Stellen selbst zu bewerten. Hierzu ist die Zahl der höherwertigen Stellen anzuheben und die B-Besoldung in den Bezirken einzuführen. Zusätzlich ist eine Verbesserung der Bewertungsstrukturen der Aufgabengebiete in den Bezirksverwaltungen analog zu denen der Hauptverwaltung nötig.

Der Fokus muss auch auf zügige Stellenbesetzungsverfahren gelegt werden. Ich habe in Steglitz-Zehlendorf eine Arbeitsgruppe eingerichtet und es ist uns gelungen, nicht nur mehr Stellenbesetzungsverfahren durchzuführen, sondern diese auch erheblich zu beschleunigen.

Es gibt viel zu tun – packen wir es endlich gemeinsam im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an!“





DJG

DJG Berlin

Ein verlorenes Jahr

Eine ernüchternde Bilanz hat der stellvertretende Vorsitzende der DJG Berlin, Ulf Melchert, zum Jahresende gezogen. Speziell die Personalvertretungen könnten 2018 als weiteres weitestgehend vergeudetes Jahr abhaken.

Obwohl die Mitbestimmungsgremien inzwischen in der Mitte ihrer aktuellen Wahlperiode stehen, habe sich an der zugespitzten Situation an Gerichten und Strafverfolgungsbehörden so gut wie nichts verändert.

Im Gegenteil: Der Arbeitsdruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter scheint trotz weiterer Einstellungen von neuem Personal eher weiter zuzunehmen, ohne dass ein Ende absehbar wäre, kritisiert Melchert.

Arbeitsdruck wird durchgereicht

Zwar werde mit Umstrukturierungen versucht, den Arbeitsdruck „gerechter“ zu verteilen, der stellvertretende DJG-Landesvorsitzende bezweifelt jedoch, dass dabei immer glückliche Entscheidungen getroffen werden. In viel zu vielen Bereichen werde der Druck nämlich einfach von oben nach unten durchgereicht, ohne dass die Behördenleitungen ihrer Verantwortung gerecht würden und die betroffenen Kolleginnen und Kollegen schützten.

Lediglich mit dem neuen Sicherheitsrahmenkonzept und der Qualifizierungsverordnung „QVO Just“ wurden im vergangenen Jahr langjährige Forderungen der DJG für den Justizwachtmeisterdienst erfüllt. Weiterhin keine Lösung gibt es dagegen in Sachen Sicherheitszulage für die Justizwachtmeister der Strafverfolgungsbehörden.

Hauptsächlich Versäumnisse

Überhaupt ist die Liste der Unterlassungssünden lang: Keine Fortschritte bei der Vertrauensarbeitszeit, die in der Landeshaushaltsordnung vorgeschriebenen Stellenbewertungen bleiben aus und weder Raumnot noch Nachwuchsmangel konnten behoben werden. Lediglich die Durchfallquoten bei der Laufbahnprüfung der Rechtspfleger(innen) steigen in ungeahnte Höhen. Alles Kolleg(inn)en, die dringend vor Ort gebraucht werden.

Melcherts Fazit: „Es ist so gut wie nichts besser, aber eine ganze Menge schlechter geworden.“ ■

DBSH bereitet Protestkampagne vor **Misere in der Jugendhilfe aktiv bekämpfen!**

In der Berliner Jugendhilfe sieht es finster aus. Dem gesetzlichen Auftrag kann oft nicht mehr entsprochen werden. Sowohl die betreuten Kinder, Jugendlichen und ihre Eltern als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendhilfe sind Strukturen ausgeliefert, die nicht mehr funktionieren und für alle Beteiligten hohe Risiken bedeuten. Damit soll nach dem Willen des Deutschen Berufsverbands für Soziale Arbeit (DBSH) Berlin endlich Schluss sein.



MEHR INFOS:

Initiative der AG Jugendhilfe des DBSH Berlin
reklamation@dbsh-berlin.de
www.jugendhilfe-reklamation.de

Mit einer breit angelegten Protestkampagne will die dbb Gewerkschaft der Öffentlichkeit und der Politik die prekäre Situation vor Augen führen und eine Verbesserung der Berliner Jugendhilfe erreichen.

Sechswöchige Diskussionsphase

In einer Diskussionsphase von Mitte Mai bis Mitte Juni 2019 sollen zunächst die wichtigsten Forderungen zur Verbesserung der Jugendhilfe von einem möglichst großen Teilnehmerkreis aus Fachkräften der Berliner Kinder- und Jugendhilfe erarbeitet werden, von denen per Online-Abstimmung die zehn wichtigsten ermittelt werden. Auch Unterstützung durch Gewerkschaften, Verbände, Vereine, Initiativen, Teams und Einzelpersonen ist willkommen. Der dbb berlin, die gkl berlin und auch der BSBD Berlin haben ihre Mithilfe bereits zugesagt.

Aktionen beginnen im August

Mit den zehn wichtigsten Forderungen der großen Jugendhilfe-Reklamation geht es dann nach den Sommerferien vom 6. August bis zum 16. September 2019 in eine sechswöchige Kreativphase. In diesem Zeitraum sind alle Teilnehmer der Kampagne aufgerufen, mit zahlreichen großen und kleinen, klassischen und ungewöhnlichen, neuen und kunstvollen Protestaktionen den Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Um die Kräfte zu bündeln, ist die Online-Vernetzung über ein Reklamationsteam sichergestellt, sodass gemeinsam geplante oder spontane Aktionen wie zum Beispiel Demonstrationen, Besuche bei Abgeordneten, Streiks, Kunstaktionen und vieles andere mehr durchgeführt werden können.

BSBD Berlin

„Die Erwartungen wurden wieder nicht erfüllt!“

So wenig wie der Berliner Senat trotz aktueller positiver Haushaltslage des Landes Berlin ein zukunftsfähiges Konzept zur Besoldungsanpassung vorgelegt hat, so wenig Reaktion zeigt er auch auf die dramatische Gesamtsituation im Strafvollzug.

Obwohl von den derzeit 9.000 Inhabern von VZÄ-Stellen in der Berliner Justiz sage und schreibe bis zum Jahr 2030 nicht weniger als 6.000 oder 67 Prozent regulär in den Ruhestand gehen, schrillen die Alarmglocken noch immer nicht bei den politisch Verantwortlichen, von einem längst überfälligen Gegensteuern ganz zu schweigen. Die Beschäftigten wandern in hellen Scharen in andere Bundesländer und in die Sicherheitsbereiche der Bundesbehörden ab, summa summarum verabschieden sich fast zwei Ausbildungslehrgänge pro Jahr.

Kein Wunder, denn wer wie das Land Berlin Inhaber von Meistertiteln mit A 8 abspeist und Verwaltungsmitarbeiter nach E 5 einstellt, schert sich wenig um Arbeitszufriedenheit und fördert Altersarmut.

Der „Charme“ der Hauptstadt

Warnungen des BSBD Berlin und seines Dachverbands dbb berlin vor einem personellen Notstand wegen nicht konkurrenzfähiger Bezahlung und mangelnden Perspektiven im Landesdienst stießen auf taube Ohren oder wurden kurzerhand mit dem Hinweis auf Charme und Attraktivität der Hauptstadt abgetan.

Dieser „Charme“ offenbart sich für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes allerdings auf höchst bedenkliche Weise: Schulen mit zugenanagelten Fenstern und überfüllten Klassen, verbale und tätliche Gewalt selbst gegenüber Rettungsdiensten und Feuerwehr, Hardwareausstattungen von vorgestern, Gewalt und Drogenkonsum in den Vollzugsanstalten usw. usw.

Glaubt denn der Senat ernsthaft, derartige Zustände ließen sich verbergen und würden keine abschreckende Wirkung auf potenzielle Bewerber entfalten? Auch der miserable bauliche Zustand der Justizvollzugsanstalten in Berlin – der Sanierungsbedarf beläuft sich mittlerweile auf mehrere Hundert Millionen Euro – übt sicher keine Anziehungskraft auf potenzielle Bewerber aus, von fehlenden Visionen über die künftige Ausgestaltung des Strafvollzugs ganz zu schweigen.

Endlich Perspektiven schaffen für das Personal

Ohne dauerhafte finanzielle Perspektiven für die Beschäftigten wird es keinen Ausweg aus der Misere geben. Wie das funktioniert, hat der BSBD Berlin hat längst aufgezeigt:

- > 1. Schnellstmögliche Einführung der Laufbahn des gehobenen Justizvollzugsdienstes
- > 2. Umsetzung der Beförderungsmöglichkeiten und Aussetzung der Stellenobergrenzen bei bewerteten Stellen nach dem KGST. Einbeziehung aller Stellen des Justizvollzuges in die vorhandenen Bewertungen
- > 3. Anerkennung von beruflichen Zeiten und Vordienstzeiten bei Einstellungen
- > 4. Ruhegehaltsfähigkeit der Justizvollzugszulage
- > 5. Bewährungsaufstieg in allen Laufbahngruppen
- > 6. Einheitliches Bewertungssystem und zeitnahe Beurteilungen zur schnellen Umsetzung bei Beförderungen
- > 7. Zusätzliche Beförderungssämter nach A 9 im Rahmen der Dienstkrafteanmeldung 2020/2021 für alle Berufsgruppen
- > 8. Berufliche Perspektiven für Tarifbeschäftigte im allgemeinen Vollzugsdienst und einheitliche Regelungen in allen Vollzugsanstalten für Zulagen im Bereich des Tarifrechtes
- > 9. Anpassung der Landesbesoldung an die Bundesbesoldung.
- > 10. Einführung von Langzeitarbeitskonten

Thomas Goiny, Landesvorsitzender



© BSBD Berlin

Silvesterdienstplan mitbestimmungspflichtig

Ein Dienstplan, der erhöhten personellen Einsatz der Polizei in der Silvesternacht berücksichtigt, zählt nicht zu den unvorhersehbaren dienstlichen Notwendigkeiten, die eine Mitbestimmung ausschließen. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin am 6. Dezember 2018 – VG 61 K 10.18 PVL – in einem Rechtsstreit zwischen Polizeipräsidentin und Gesamtpersonalrat entschieden.

Der umstrittene Dienstplan für Silvester 2017, der in seiner Endfassung sehr kurzfristig drei Tage vor dem geplanten Einsatz beim Gesamtpersonalrat eingereicht worden war, hatte für einige der geplanten Einsatzkräfte 13-Stunden-Dienste vorgesehen und war deshalb vom Gesamtpersonalrat wegen Verstoßes gegen die Arbeitszeitverordnung abgelehnt worden.

Die Polizeipräsidentin hatte daraufhin das Mitbestimmungsrecht des Personalrats in dieser Angelegenheit bestritten und die Dienstkräfte in der Silvesternacht über zwölf Stunden hinaus eingesetzt. Dabei berief sie sich auf eine Bestimmung des Landespersonalvertretungsgesetzes Berlin, wonach unvorhersehbare dienstliche Notwendigkeiten die Mitbestimmung ausschließen.

Nicht unvorhersehbar

Vom Verwaltungsgericht musste sie sich allerdings gleich in mehrfacher Hinsicht über ihre fehlerhafte Rechtsauffassung belehren lassen. Zum einen bezieht sich die von der Polizeipräsidentin angeführte Ausnahmeregelung nicht auf Dienstpläne, sondern ausdrücklich auf die Anordnung von Mehrarbeit, zum anderen war aber auch für Letztere keine Ausnahme wegen Unvorhersehbarkeit gegeben, denn Silvester mit seinen besonderen Lagen sei ein vor-

hersehbares, einmal im Jahr stattfindendes Ereignis, für das die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten im Voraus planbar sei. Das mit einem gewissen zeitlichen Vorlauf notwendige Mitbestimmungsverfahren hätte also eingehalten werden können. Vorausgegangen Versäumnisse oder Fehlplanungen einer rechtzeitig möglichen Dienstplanung ließen die Richter ausdrücklich nicht als unvorhersehbar und damit als Ausnahmefall gelten, der eine Mehrarbeit rechtfertigen könnte.

Mitbestimmung muss wirksam ausgeübt werden können

Bei künftigen Beteiligungsverfahren zu planbaren Tagen wie Silvester, mahnten die Richter die Polizeipräsidentin, sei dem Gesamtpersonalrat der Dienstplan unter strikter Einhaltung der Höchstarbeitszeiten von zwölf Stunden so rechtzeitig vorzulegen, dass dieser sein Mitbestimmungsrecht wirksam ausüben kann beziehungsweise dass die gesetzlich vorgesehenen Verfahren durchgeführt werden können, wenn der Gesamtpersonalrat seine Zustimmung versagt.

Die Aussagen des Gerichts können auf die Ebene der örtlichen Dienststellen übertragen werden, wenn ein Dienstplan nur eine einzige Dienststelle betrifft.

RA Maria Timmermann

lieber, wahr-scheinlicher	↘	Grazie	dt. Geset-zessamm-lung (Ab-kürzung)	dünner, bie-g-samer Stock	Knochen-fisch mit Bartfäden	↘	Signal-farbe	ein Balte	↘	große Tür, Einfahrt	Medi-ziner	↘	regsam und wendig	↘	Hofsitte, Hofzere-moniell	eng-lische Prin-zessin	↘						
Raff-sucht	→							gefeierter Künstler	→				bereit-willig	→									
Platz-mangel, Raumnot	→				Zahlen-glücks-spiel					2	Abfolge von Augen-blicken				5	Adels-prädikat							
	↖					4		anfäng-lich	→				direkt, original (eng-lisch)	→									
alte Schuss-waffe	↘	Angehöri-ger eines Balkan-volkes		Gefälle; Vorliebe		<div style="background-color: #e91e63; color: white; padding: 10px; text-align: center;"> <h2>UNSERE GEWINNER</h2> <p>Die Gewinner des Preisrätsels von Dezember heißen:</p> <p>Karin Kunkel, 13055 Berlin Heinrich Hellstab, 13456 Berlin</p> </div>							Wett-kampf-stätte; Manege	grober, aber gut-mütiger Mensch		Ausruf der Verwun-derung							
	↖	8																					
ein Schul-fach (Kzw.)		aus-schwei-fendes Gelage		eine Blume; ein Gewürz																Bundes-staat der USA		Grün-fläche im Dorf	
Stadt am Rhein, in NRW	→																			Wasser-vogel	→		
	↖	10			poetisch: Adler	Europ. Fußball-verband (Abk.)		großes Gewäs-ser	↘	Adels-titel	↘	gerade jetzt	→				Fluss durch Weimar						
Handels-spanne, Spiel-raum			Schub-fach					griechi-sche Friedens-göttin	→				7		Kfz-Zeichen Gießen								
erfri-schen-des Getränk	→									Zeitungs-aufsatz	→						3						
dt. Kom-ponist (Max)	→			6		Telefonat	→					außer-ordent-lich	→		9								

PREISRÄTSEL



Nützliche Helfer zu gewinnen

An frostigen oder nasskalten Tagen ist alles Wärmende hochwillkommen.

Den Gewinnerinnen beziehungsweise den Gewinnern unseres Januar/Februar-Preisrätsels wollen wir deshalb kräftig einheizen, 1. Preis ist nämlich eine Teekanne und ein Kerzenlöscherset, das möglicherweise am Ende einer gemütlichen Teestunde gebraucht wird. Der 2. Preis dagegen sollte den richtigen Durchblick verschaffen, nämlich mit einem Fernglas und einer Taschenlampe. Die Gewinne wurden von der HUK Coburg gesponsort.

Schicken Sie uns das Lösungswort des Schwedenrätsels bis **15. Februar 2019** an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Die Gewinnerinnen beziehungsweise Gewinner werden unter den richtigen Lösungen ausgelost.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

info

8. März soll gesetzlicher Feiertag werden

Ab diesem Jahr dürfen sich die Berliner womöglich über einen neuen Feiertag freuen, nämlich den Internationale Frauentag am 8. März. Berlin wäre damit das erste Bundesland. Auch mit dem zusätzlichen arbeitsfreien Frauentag nimmt sich die Zahl der Feiertage in der Hauptstadt mit insgesamt zehn immer noch eher bescheiden aus. In Bayern sind es immerhin seit vielen Jahren dreizehn. ■

Der Vorhang fällt am 17. März

„Tanz der Vampire“ verlässt Deutschland

Nach fast 20 Jahren und unzähligen erfolgreichen Aufführungen wird der „Tanz der Vampire“ Deutschland verlassen!

Damit geht ein Musical, das wie kein anderes den Reiz des Mystischen, Gruseligen und Unerklärlichen mit einem Hauch Erotik verklärt hat. Verwandlung, Spannung und Liebe pur – dazu furiose Tanzszenen und rockig-gefühlvolle Balladen sind bei dieser Reise in eine andere Welt inbegriffen.

Wer die schaurig-amüsante Geschichte noch (oder noch einmal) erleben will, darf sich jetzt im Theater des Westens sogar über einen 30-prozentigen Preisvorteil in den Preiskategorien 1 bis 3 freuen.

Telefonische Buchung unter dem Stichwort:
„Letzte Chance“ unter **01805.4444** ■

